

Archiviert: Samstag, 14. Mai 2016 18:13:06
Von: [SPD-Ortsverein Eickel](#)
Gesendet: Samstag, 14. Mai 2016 15:58:41
An: Elisabeth.Majchrzak-Frensel@spd-eickel.de
Betreff: NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-05-14
Wichtigkeit: Normal
Anhang:

[2016-05-19 Vorstand Einladung.pdf](#) [ASF-Newsletter Nr. 2_Mai 2016.pdf](#) [Einladung zum Frauenfrühstück 04.06.16.pdf](#) [Neues aus Düsseldorf 05-2016.pdf](#)

Original-E-Mail: [NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-05-14.msg](#)



NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-05-14

[Homepage](#) # [Termine](#) # [Kontakt](#)

Liebe Elisabeth,

ich möchte dich herzlich zu unserer nächsten Vorstandssitzung einladen. Weitere Informationen sind in der angehängten PDF-Datei.

Die Rente. Sicher! Die Stimmung. Gut!
Michelle hat die Rede von Sigmar zur Verfügung gestellt:
Sigmar Gabriel, MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Rede anlässlich der Wertekonferenz Gerechtigkeit
am Montag, 9. Mai 2016 in Berlin

Meine Damen und Herren,
sehr verehrte Gäste,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Was sind Staaten anderes als große Räuberbanden, wenn es in ihnen keine Gerechtigkeit gibt.“

Dieser Satz könnte ein SPD-Klassiker sein. Er stammt aber aus dem 5. Jahrhundert und wurde von Augustinus notiert. Der Hunger nach Gerechtigkeit treibt die Geschichte der Menschheit nicht weniger an als das Bedürfnis nach besseren Lebensbedingungen und materieller Sicherheit.

An den historischen Schwellen sind bis an die Zähne bewaffnete Regime aus den Angeln gehoben worden, weil sie das Gerechtigkeitsempfinden ihrer Bevölkerungen mit Füßen getreten hatten. Die großen Revolutionen der Neuzeit sind Gerechtigkeitsrevolutionen bis in unsere Zeit, die das Ende der Apartheid in Südafrika, die Solidarnosc in Polen, den Fall der Mauer und den Zusammenbruch der Sowjetunion gebracht haben. Und

auch die Erhebung gegen das autoritäre Regime Mubaraks in Ägypten und in anderen Ländern Nordafrikas war letztlich das Aufbegehren einer Generation, die im inneren Zustand ihres Landes weder Gerechtigkeit noch Hoffnung auf ein besseres Leben vorfanden.

Die großen demokratischen Bewegungen sind Freiheits- und Gerechtigkeitsbewegungen. Die Sozialdemokratie gehört seit mehr als 150 Jahren zu ihnen.

Gleiches Bürgerrecht statt vererbte Stände und Privilegien – darum ging es von Anfang an. Ob Wahlrecht, Schulen ohne Schulgeld oder Verbot der Kinderarbeit. Immer ging um beides: um eine gerechtere Teilhabe am Haben und am Sagen.

Hinter diesen Forderungen stand immer der Kampf um Respekt, um Augenhöhe, um Emanzipation: Keiner Herr, keiner Knecht. Es ging immer um eine Gesellschaft der Freien und Gleichen.

Deshalb sammelten sich Gesellen, Handwerker, Arbeiter, die von der Obrigkeit zur Unterschicht erklärt und niedergeschossen wurden, wenn sie aufbegehrten. Aber nicht nur sie. Auch Anwälte, Akademiker und Zeitungsleute gehörten dazu, weil sie die soziale Erniedrigung, die Chancenlosigkeit und Ausbeutung unerträglich fanden.

Die SPD war nie die Partei nur einer Klasse. Sie bekämpfte die Klassengesellschaft und überwand sie zuerst in den eigenen Reihen. Uns Sozialdemokraten war dabei immer klar: Den Versuch, ein gelungenes Leben zu führen, muss jeder Mensch selbst in die eigene Hand nehmen. Weder eine Partei noch ein Staat kann das ersetzen. Aber Bedingungen dafür zu schaffen, dass jedes Leben gelingen KANN, das ist in diesen 150 Jahren die Aufgabe sozialdemokratischer Politik gewesen.

Die sozialdemokratische Idee will, dass das Leben für jeden Menschen frei sein soll. Nicht nur frei von Not und Unterdrückung, sondern vor allem auch frei zu einem selbstbestimmten Leben.

Nicht die Herkunft oder das Einkommen der Eltern, Rasse, Geschlecht oder Religion sollen das Leben des einzelnen festlegen.

Sondern in einer Gesellschaft sollen Bedingungen herrschen, wo die Entscheidungen über das eigene Leben selbstbestimmt getroffen und übrigens auch immer wieder korrigiert werden können.

Und dort, wo die Hürden für ein selbstbestimmtes Leben für den einzelnen zu hoch sind, wollen wir uns unterhaken und diese Hürden so gut es geht beseitigen. Das nennen wir Solidarität.

Für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, heißt also vor allem die Freiheitsspielräume für Menschen und die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben zu erhöhen.

Gerechtigkeit in diesem Sinne definiert aber nicht nur die SPD. Diese auf die individuelle Freiheit gerichtete Gerechtigkeit definiert unsere Identität als Demokraten generell. Sie ist der Anspruch einer modernen Gesellschaft an sich selbst.

Denn gleiche Rechte für Frauen und Männer, das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Einkommen der Eltern oder Religion, bestimmen ja den Kern unserer demokratischen Verfassungen.

Mehr noch: Sie sind universell und sind nach unseren Vorstellungen ja gerade nicht an ein bestimmtes Staatsgebiet oder eine Nationalität gebunden.

Aber genau bei diesem universellen Anspruch haben die westlichen Demokratien versagt. Denn die sogenannten Flüchtlingskrisen zeigen uns ja täglich, wie weit wir von diesem universellen Anspruch auf gerechte Teilhabe und auf Selbstbestimmung und Freiheit entfernt sind.

Ein zweites mit dem Drama der Flüchtlingsbewegungen unmittelbar verbundenes Beispiel für die Vernachlässigung unseres universellen Gerechtigkeitsanspruchs ist übrigens der Klimawandel. Dabei verletzen wir nicht nur die Gerechtigkeit gegenüber denjenigen, die in den armen Ländern der Erde den Klimawandel nicht verursachen, aber am meisten darunter leiden, sondern gleich noch die Gerechtigkeit unserer eigenen Kinder und Enkelkinder. Denn wir begrenzen ihre Chancen auf Selbstbestimmung und Freiheit, indem wir Umwelt und Ressourcen so schädigen, dass künftige Generationen mehr mit der Bewältigung der Konsequenzen unseres Handelns zu tun haben werden als mit der Entwicklung ihrer eigenen Lebensperspektiven.

Wenn also die Sozialdemokratie über Gerechtigkeit diskutiert, dann darf sie den Begriff nicht verengen auf die eigene Gesellschaft.

Übrigens ist das keine neue Erkenntnis: Als sich 1889 in Paris das erste Mal die internationale Arbeiterassoziation traf, als sozusagen die sozialdemokratische Internationale, wurde der 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung geboren.

Damals hieß es in den Aufrufen: „Das Kapital ist national organisiert. Dagegen hilft nur die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung.“ Mehr als 125 Jahre danach stellen wir fest: der einzige, der international wirklich organisiert ist, ist der Kapitalismus. Die Sozialdemokratie dagegen ist noch ziemlich national unterwegs.

Das war übrigens der Grund, warum Martin Schulz und ich vor einigen Jahren ein Netzwerk progressiver Parteien – die Progressiv Alliance – ins Leben gerufen haben.

Auch weil die einstmals so stolze Sozialistische Internationale zu einem reformunwilligen Selbstbedienungsladen ihrer Funktionäre degeneriert ist.

Diese Progressiv Alliance hat inzwischen 120 teilnehmende Parteien. Noch sehr unvollkommen und zu unverbindlich, aber jedenfalls ein erster Ansatz zur Internationalisierung sozialdemokratischer Politik.

Vor diesem Hintergrund dieses großen Anspruchs und der ja durchaus erfolgreichen Geschichte der Sozialdemokratie ist es natürlich mehr als ein Alarmsignal, wenn jüngste Umfragen der SPD bescheinigen, dass nur noch 32% der Bürger ihr eine Kompetenz in Fragen der sozialen Gerechtigkeit zutrauen.

Die SPD ist eine verantwortungsbewusste Partei – manche nennen sie staatstragend. Das klingt langweilig, ist aber keine Schande.

Denn Sozialdemokraten ist Protest nie genug. Sie arbeiten an den sozialen Problemen, in Bund, Ländern und Kommunen.

Wir schaffen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und den Mindestlohn.

Wir bekämpfen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zum Lohndumping.

Wir führen eine Mietpreisbremse ein und entlasten die Kommunen um mehr als 20 Mrd. Euro.

Wir ermöglichen die abschlagfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren und die solidarische Mindestrente bei unterbrochenen Erwerbsbiografien. In all diesen Projekten der jetzigen sozialdemokratisch geprägten Bundesregierung spiegelt sich die reformistische Tradition einer Partei, die den 8-Stunden-Tag und die Lohnfortzahlung bei Krankheit verwirklicht hat, während die Weltrevolution bekanntlich auf sich warten ließ.

Soziale Reformpartei zu sein, das ist der Stolz der SPD. Aber es hat eine Kehrseite.

Wer die kleinen Schritte geht, kann die Richtung aus den Augen verlieren. Wer das Machbare tut, kann das augenblicklich Machbare mit dem grundsätzlich Notwendigen verwechseln.

Vor allem: Wer pragmatisch handelt, neigt dazu, den engagierten Idealismus vor allem junger Leute und neuer Generationen gering zu schätzen.

Wir schreiben Gesetze, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen – in der Gesellschaft aber tobt ein neuer historisch bedeutender Kampf um globale Gerechtigkeit.

Das nahm schon der tschechische Schriftsteller Jaroslav Hasek aufs Korn, als er 1911 zur Gründung der „Partei des mäßigen Fortschritts im Rahmen der Gesetze“ aufrief.

So in etwa klingt vermutlich die SPD heute auf viele sozial und ökologisch engagierte Menschen. Man muss ernsthaft fragen, ob wir den Gerechtigkeitshunger unserer Zeit noch begreifen.

Angesichts der neuen sozialen Frage wirkt die SPD zu sehr als eine emotional ermüdete Partei im Hamsterrad der Sozialreparatur.

Es ist aus meiner Sicht die größte Herausforderung für die deutsche aber wohl auch für die europäische und internationale Sozialdemokratie.

Denn auch in Frankreich, den Niederlanden oder Skandinavien gibt es ähnliche Befunde.

Das Beschwören unserer historischen Leistungen oder Durchhalteparolen helfen also nicht weiter. Wir müssen klar sein in der Analyse.

Wir erleben eine Zeit, in der die soziale Frage zurückgekehrt ist. Der Zorn über Ungerechtigkeit hat zugenommen.

Europa droht zu zerbrechen an der Massenarbeitslosigkeit von jungen Leuten und an den antieuropäischen Protestbewegungen, die das hervorgerufen hat.

Sinkende Löhne und Renten in Südeuropa, zugleich aber monströse Ausmaße von Rechtsverachtung und Steuerhinterziehung durch Eliten in Wirtschaft und Politik. Was die Panama-Papiere zuletzt aufgedeckt haben, ist die Spitze des Eisbergs. Es sind Hunderte von Milliarden Euro, die in Europa vor der normalen Besteuerung versteckt werden.

Hier die Reichen, die den Erfolg ihrer Kinder kaufen, und dort die Menschen in prekären Lebenslagen, deren Kinder keine Chancengleichheit finden. Auch das Gesundheitssystem spiegelt den Riss. Wer arm ist, wird häufiger krank und stirbt früher, und das auch in Deutschland.

Wie kommt es, dass wachsender Wohlstand mit zunehmender Unsicherheit der Menschen einhergeht? Woher kommt diese Nervosität und Gereiztheit der Bürger, die sich im Internet Bahn bricht und von der rechte Parteien profitieren?

Ich glaube: Modernisierungsspannungen, Innovationsstress hat alle entwickelten Gesellschaften erfasst.

Unsicherheiten und neue Ungleichheit durch neue Technologie- und Globalisierungsschübe sind das Kennzeichen der Zeit.

Durch die Digitalisierung von immer größeren Teilen der Wirtschaft haben die informellen Sektoren zugenommen. Medien, Kommunikation, Kulturproduktion sind voll erfasst. Was für die einen Hobby ist, wenn sie Wikipediaeinträge verfassen, ist für andere zur digitalen Tagelöhnerei geworden, weil sie für Qualitätsjournalismus kein existenzsicherndes Einkommen erhalten. Auch Handel und Dienstleistungen spüren den Druck.

Der konservative Philosoph Odo Marquard hat den Menschen als ein Zeitmangel-Wesen bezeichnet. Wir haben nur eine Lebenszeit zur Verfügung, wir können mit dem Leben nicht warten, und weil das Leben kurz ist, kann man auch nicht beliebig oft neu anfangen.

Deswegen ist unsere Veränderungsfähigkeit begrenzt, deswegen setzen uns Globalisierung, Digitalisierung usw. so unter Stress. Wenn dann auch noch Lebensrisiken schwer kalkulierbar erscheinen - wie Krankheit oder das Leben nach der Erwerbsarbeit im Alter - dann wächst die Verunsicherung.

Die aktuelle Rentendebatte ist ein Beispiel. Keiner Partei - auch der SPD nicht - wird hier ausreifend Kompetenz zugetraut. Wenn die Rente aber nicht sicher erscheint, um ein angemessenes Leben im Alter führen zu können, dann mag der Nerd darüber lächeln, der potenzielle sozialdemokratische Wähler sieht sich um Leben und Leistung betrogen. Mit dem Begriff „Generationengerechtigkeit“ wurde systematisch die gesetzliche Rente unterminiert. „Generationengerechtigkeit“ bleibt wichtig, aber im Alter würdevoll und materiell gesichert zu leben, ist mindestens genauso wichtig.

Das Thema Rente ist deshalb mehr als Sozialtechnik. Vor allem aber ist es eine Erzählung von einem guten, erfüllten und gelingenden Leben, von einem Alter ohne Not und Ängste, von Selbstbestimmung statt Abhängigkeit von Kindern oder vom Sozialamt. Es ist die Geschichte von Würde, Anerkennung, von Stolz auf das eigene Leben. Rente ist wie Flüchtlinge ein Brennglas-Thema. Darunter erleben die Menschen, welche Wertschätzung sie erfahren, ob sie sich in der Gesellschaft angenommen und zu Hause fühlen. Rente ist für die mentale Verfassung im Land wichtig - interessanterweise - auch für junge Arbeitnehmer, wie wir aus den Befragungen der Gewerkschaften wissen.

Ein neues Dienstleistungsprekariat kann den Verheißungen der Digitalisierung nichts abgewinnen.

Es fehlt ihnen aber auch an der Erfahrung massenhafter und kollektiver Interessenvertretung.

Sie glauben nicht an die alten Aufstiegsversprechen, sie fühlen sich schon gar nicht als Träger des gesellschaftlichen Fortschritts, wie die alte Arbeiterbewegung. Denn sie sehen diesen Fortschritt weder bei sich noch bei ihren Kindern. Ihre Lebenserfahrung ist eher „jeder ist sich selbst der nächste“.

Die Kehrseite dieser Zurückgeworfenheit auf sich selbst, ist auch der fehlende Glaube in den Wert der Solidarität. Am meisten ist das im Zorn dieses Dienstleistungsproletariats zu spüren, wenn es um diejenigen

geht, die nicht arbeiten, sondern vom Sozialstaat alimentiert werden. Hinzu kommen die internationalen Krisen, Kriege und versagenden Staaten, in denen die Menschen keine Zukunft finden. Armut und Not gab es immer. Heute aber sehen die Menschen überall über Smartphones, was in den reichen Ländern zu erhoffen ist. Weltweite Migrationsströme sind ein Zeichen globaler Ungleichheit.

Flucht und Zuwanderung nach Europa wiederum führt in unserer Gesellschaft zu schärferer sozialer Konkurrenz.

Die Ärmere der reichen Länder spüren diesen Druck zuerst. Er richtet sich auf unqualifizierte oder leicht ersetzbare Arbeit.

Er richtet sich auf bezahlbaren Wohnraum. Oder auf öffentliche Schulen in Brennpunkten.

Deutschland hält sich gut, weil es eine sozialdemokratische Gesellschaft mit einem aktiven Sozialstaat hat. Aber auch unsere Gesellschaft steht unter Druck.

Übrigens ist es der große Betrug der Rechtspopulisten, dass sie den Menschen vormachen, die Flüchtlinge seien an der sozialen Frage Schuld. Der Zuzug von Hunderttausenden Flüchtlingen ändert an den Ursachen und Wirkungen der Ungleichheit gar nichts.

Wohl aber spitzt er die Konflikte zu. Wir hatten schon vorher eine offene Integrationsfrage, eine unbeantwortete Inklusionsfrage. Wie schaffen wir Chancengleichheit, wie sichern wir Arbeit, sozialen Wohnraum oder auch öffentliche Sicherheit als Bürgerrecht in allen Stadtteilen?

Mit dem Zuzug der Flüchtlinge wird uns dramatisch vor Augen geführt, dass wir die Aufgabe der Integration für alle Menschen bestehen müssen. Ich habe das die „doppelte Integrationsaufgabe“ genannt. Und die SPD sagt zu Recht seit Monaten: Wir brauchen einen Staat, der Respekt genießt und handeln kann, damit Zusammenhalt möglich ist.

Wir brauchen eine umfassende Gesellschaftspolitik der sozialen Integration. Wir brauchen ein auf zehn Jahre angelegtes Programm der sozialen Investitionen. Das ist die wahre Entscheidungsfrage im Kampf gegen die neuen Rechten in Europa.

Dreh- und Angelpunkt ist das System der Chancen und der Möglichkeiten, ein anständiges Leben mit eigenen Leistungen zu erreichen. Marcel Fratzscher schreibt meines Erachtens zu Recht, dass wir bei der Verteilung von Chancen und der sozialen Durchlässigkeit nicht gut sind. Zuerst muss es um Bildung, Arbeit, Wirtschaft gehen.

Die SPD war niemals nur Sozialstaatspartei. Sie war immer eine Partei, die in das Wirtschaftssystem eingreift und das System der Primärverteilung gestaltet. Dort wird die Machtfrage gestellt.

Gewerkschaften wissen das. Dort geht es um die Teilhabe am Produktivitätszuwachs, um anständige Löhne und gute Arbeit. Dort geht es um die Stabilisierung der Tarifverträge, um Wert und Würde der Arbeit.

Wir haben es immer wieder erfahren: Wenn die breite Beteiligung der Menschen an Erwerbsarbeit gelingt, wenn mit dem Wohlstand auch die Löhne steigen, dann ist der Sozialstaat finanziell gesund und kann denen helfen, die es brauchen.

Auch die Ungleichheit der Geschlechter resultiert heute vor allem aus der Ungerechtigkeit bei Arbeit und Wirtschaft. Die systematische Schlechterbezahlung von Frauen im Beruf ist nicht hinnehmbar. Das

Lohn gerechtigkeitsgesetz von Manuela Schwesig ist ein wichtiger Schritt. Es stellt zumindest Transparenz her.

Im Kern muss es aber darum gehen, die traditionellen Frauenberufe besser zu entlohnen.

Die Industriegesellschaft bewertete immer die technischen und kaufmännischen Berufe weit höher als die sozialen und pflegerischen Berufe. Industriearbeit war gut bezahlt und schon deshalb Männerarbeit. Soziale Arbeit war zu Beginn mehr Caritas und dann weithin schlechter bezahlte Frauenarbeit. Es beginnt schon bei der Ausbildung, die in den gewerblich technischen Berufen mit Ausbildungsvertrag und Ausbildungsvergütung ausgestattet ist. In den sozialen Berufen eine schulische Ausbildung, bei der bis vor nicht allzu langer Zeit selbst Schulgeldzahlungen der Auszubildenden noch üblich waren.

Ganz offenbar reicht es aber nicht aus, einzelne politische Forderungen und Programme dagegen zu stellen, um Vertrauen in die Kraft der Sozialdemokratie und ihren ernsthaften Willen zur Veränderung wiederzugewinnen. Denn sonst müsste die SPD bei mindestens 50 % liegen.

Wir brauchen also ein tiefergehendes Verständnis für das, was um uns herum passiert.

Es gibt einen tiefen Vertrauensverlust, den auch andere Parteien spüren, der aber die SPD ganz besonders hart trifft. Denn dass CDU/CSU oder FDP im Kern Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit bereits als Fehler in der Fragestellung betrachten, ist nichts Überraschendes. Für sie sind Unterschiede in den Freiheitsspielräumen und Lebensperspektiven Ausdruck von Wettbewerb. Und zwar sowohl national wie international. Für die Sozialdemokratie aber sind Gerechtigkeitsfragen konstitutiv. Deshalb wird sich die SPD dieser Frage stellen. Heute ist dafür nur der Auftakt. Und wir werden die Gerechtigkeitsfragen, die zugleich Glaubwürdigkeitsfragen an die SPD sind, öffentlich diskutieren.

Und natürlich wissen wir, dass knapp 1 ½ Jahre vor der nächsten Bundestagswahl alles, was wir tun, als taktisch bewertet werden kann und vermutlich auch wird. Und dennoch sage ich: Es geht um weit mehr als die Aussichten zur kommenden Bundestagswahl. Es geht um den Gestaltungsanspruch für unsere Gesellschaften in Europa und darüber hinaus.

Denn die Kritik an sozialer Ungleichheit, an mangelnder Sicherheit und fehlenden Chancen für ein selbstbestimmtes Leben gibt es ja. Und Alternativen zu sozialdemokratischen Antworten gibt es auch.

Die klassische konservativ-liberale Antwort mit Verweis auf die globale Wettbewerbsökonomie, der man sich eben anpassen müsse, ist dabei noch die harmloseste. Angela Merkel nannte das die „marktkonforme Demokratie“.

Wesentlich gefährlicher ist die Antwort der neuen Rechten. Sie konkurrieren direkt mit dem Anspruch der Sozialdemokratie, weil sie sich häufig nicht in der Kritik bestehender Verhältnisse unterscheiden, wohl aber in den Antworten.

Wohlstandschauvinismus, Fremdenfeindlichkeit in der Verkleidung des Anti-Islamismus und die Rückkehr zu einem antieuropäischen nationalen Egoismus ist weitaus bedrohlicher als die Forderungen nach Anpassung an den scheinbar alternativlosen globalen Standortwettbewerb.

Gefährlicher, weil er sich offen gegen Minderheiten wendet und oft genug ein nur dürftig getarnter „Appell an den inneren Schweinehund“ ist, wie es Kurt Schumacher einmal genannt hat.

Gefährlich, weil es der Erosion des europäischen Zusammenhalts weiter Vorschub leistet und Europa in der Welt damit sprachlos und ohnmächtig werden lässt.

Und gefährlich letztlich auch für das deutsche Wohlstandsmodell, denn die Rückbesinnung auf nationale Abschottung und Abwendung von Europa ist für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie die deutsche der Weg in die ökonomische Katastrophe.

Zu diesen beiden Varianten der politischen Rechten in Deutschland und Europa – zur Anpassungsvariante der marktkonformen Demokratie und zur Variante der nationalchauvinistischen Abschottung – muss die Sozialdemokratie eine glaubwürdige Alternative entwickeln.

Was nichts weniger heißt als ihren gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch zu erneuern und sich nicht mit Einzelreformen zufrieden zu geben, mögen sie auch noch so wichtig sein.

Vor mehr als 150 Jahren haben Sozialdemokraten begonnen, diesen Gestaltungsanspruch für ihre nationalen Gesellschaften zu formulieren. Daraus wurde die ungeheure Erfolgsgeschichte des nationalen Sozial- und Rechtsstaats. Im Kern waren die Sozialdemokratischen Parteien immer dann erfolgreich, wenn sie Solidarität – also Verantwortung füreinander – und Emanzipation – also der Wunsch nach Veränderung der bestehenden Verhältnisse – zusammen brachten.

Letztlich geht es auch heute um beides: Solidarität und Emanzipation. Nur wird das nicht mehr allein im Nationalstaat gelingen. Internationale Zusammenarbeit ist notwendiger denn je.

Schon das aktuelle Beispiel der Panama Papers zeigt, wie wenig dieser Nationalstaat heute noch ausrichten kann, wenn er eine angemessene Beteiligung aller Einkommensschichten an der Finanzierung seiner Aufgaben durchsetzen will.

Die deutsche und europäische Sozialdemokratie muss also ihren Gestaltungsanspruch diesmal europäisch und international formulieren. Sonst bleibt ihr Gerechtigkeitsanspruch auch national unglaubwürdig. Was hilft die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, bei der selbst Optimisten nicht davon ausgehen, dass sie mehr als 5 bis 10 Milliarden € jährlich einbringt, wenn zeitgleich durch das völlige Fehlen einer gerechten Steuerpolitik in Europa allein Deutschland pro Jahr 150 Milliarden € verloren gehen, weil sich multinationale Konzerne vor dem Steuern zahlen drücken können?

Die Konzentration auf die nationale Steuerpolitik darf nicht zum Feigenblatt für mangelnden Mut und mangelnde Fähigkeit zu einer gerechten europäischen Steuerpolitik werden.

Auch wenn die Sozialdemokratie bei diesem Streben nach gesellschaftlichen Bedingungen für Freiheit und Selbstbestimmung Fehler gemacht hat – was unzweifelhaft auch der Fall war – selbst wenn sie sich zeitweise unsicher über ihre Rolle und Aufgaben war, so ist diese Idee von Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben bis heute Kern sozialdemokratischer Politik für eine gerechte Gesellschaftsordnung.

Politik für eine gerechte Gesellschaft hat sich dabei übrigens nie auf Umverteilungsmechanismen in den Sozialversicherungen oder in der

Steuerpolitik reduziert. Die Höhe der Steuern und Sozialabgaben allein sagt noch nicht allzu viel darüber aus, wie gerecht oder ungerecht eine Gesellschaft ist.

Dienen hohe Steuern und Sozialabgaben beispielsweise nur der Alimentierung und nicht der Verbesserung von Teilhabechancen, können sie die Ungerechtigkeiten einer Gesellschaft sogar noch zementieren helfen. Das alte System des Nebeneinander von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe förderte z.B. diese Zementierung.

Und es muss uns zur Reform unseres Umverteilungssystems aufrufen, wenn wir jährlich 200 Mrd. € für den sogenannten Familienlastenausgleich ausgeben, und trotzdem die Kinderarmut und die Armut der Eltern in Deutschland steigen.

Umgekehrt sind Steuern und Sozialabgaben natürlich wichtige Instrumente, um für gerechte Bedingungen zu Selbstbestimmung und Teilhabe zu sorgen.

Es ist natürlich nach wie vor in hohem Maße ungerecht, dass sich der wohlhabende Teil unserer Gesellschaft einer solidarischen Absicherung des Krankheitsrisikos entziehen kann und deshalb die Kosten für die Krankenversorgung bei dem nicht so wohlhabenden Teil steigen. Eine Bürgerversicherung für alle bleibt deshalb für die SPD auf der Tagesordnung auch für die kommende Bundestagswahl.

Genauso ist es ungerecht, dass auch wir Sozialdemokraten im Versuch, uns an die angeblich alternativlosen Spielregeln der globalen Finanzmärkte anzupassen, den Fehler gemacht haben, Kapitalerträge geringer zu besteuern als Erträge aus Arbeit.

Ausgerechnet die Partei der Arbeit hat beim damaligen gesellschaftlichen Mainstream mitgemacht und leistungslose Kapitalerträge mit niedrigen Steuern belohnt und harte Arbeit mit höheren Steuern bestraft.

Schon wenige Maßnahmen zeigen, wie auch wir Sozialdemokraten uns den gesellschaftspolitischen Schneid haben abkaufen lassen.

Statt für die Regulierung der Finanzmärkte und ihre internationale Besteuerung einzutreten, haben wir versucht, uns bei ihnen lieb Kind zu machen. Die Steuerhinterzieher sind trotzdem nicht zurück gekommen. Mit der Union war diese grobe Verletzung einer gerechten Beteiligung aller Einkommensarten an den öffentlichen Finanzierungsaufgaben in dieser Periode nicht zu korrigieren.

Sollte die SPD in einer kommenden Bundesregierung wieder vertreten sein, muss sie die Korrektur dieses Fehlers durchsetzen und die Abgeltungssteuer für Kapitalerträge zugunsten einer gleichen Besteuerung mit allen anderen Einkommensarten abschaffen.

Und noch besser wäre es, wenn wir die Einnahmen aus einer gleichen Besteuerung von Kapitalerträgen verbindlich für eine neue Bildungsoffensive einsetzen würden.

Als ich zur Schule ging, kam ich zuerst in eine neue Grundschule, dann in eine neue Realschule und am Ende in ein neues Gymnasium.

Wir konnten im wahrsten Sinne des Wortes „begreifen“, dass Bildung diesem Land etwas wert war.

Mit modernen Klassenräumen und Medien, großzügigen Sportanlagen. Die selbst die sanitären Einrichtungen waren besser als bei uns zuhause. Gehen wir heute durch die schwierigen Stadtteile unserer Großstädte,

dorthin, wo der Ausländeranteil ebenso hoch ist wie die Langzeitarbeitslosigkeit, finden wir solche Schulen fast nirgendwo. Solange das Kind eines Akademikers gegenüber einem Arbeiterkind eine drei Mal so große Chance hat, auf ein Gymnasium zu kommen, können wir nicht von einer gerechten Gesellschaft reden. Solange es unser Bildungssystem in den sozialen Brennpunkten nicht schafft, die Vererbung von Wohlstandschancen zu durchbrechen, muss die SPD kampfbereit sein.

Die zusätzlichen Einnahmen in Milliardenhöhe aus der gleichen Besteuerung von Kapitaleinkommen wie der von Arbeitseinkommen müssen wir in ein Leuchtturmprogramm Schulen in Brennpunkten investieren.

In den schlechtesten Vierteln brauchen wir die besten Schulen. In den Stadtteilen, wo alle Hoffnung auf der Bildung der Kinder ruht, müssen die Schulen strahlen. Diese Schulen müssen die Kathedralen des 21. Jahrhunderts sein und nicht die Banktürme oder Bürohochhäuser! Baulich, in der Ausstattung und beim Lehrpersonal! Das ist ein Zeichen, dass wir Gerechtigkeit wollen!

Investitionen in moderne Schulen und dazu noch in 10.000 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter: Das wäre eine angemessene Verwendung für die Einnahmen aus fairen und gerechten Kapitalertragssteuern.

Wir alle wissen: Eine gute Bildung, Ausbildung oder sogar ein gutes Studium sind heute nicht mehr per se ein Freifahrtschein für ein gelungenes Berufsleben.

Aber ohne gute Bildung und Ausbildung ist jedenfalls sichergestellt, dass eine angemessene Teilhabe und ein gutes Leben schwer zu erreichen sind.

Vor guter Arbeit steht gute Bildung. Wissen ist Macht, heißt es. Auch die Qualifizierungsfrage ist heute noch eine Machtfrage.

Auch im digitalen Zeitalter gilt: Bildung heißt Erwerben von Kompetenzen und die Fähigkeit zur Orientierung.

Wer Zusammenhänge erkennt und versteht, wer etwas kann, der kann auch mithalten und mitgestalten. Wir wollen selbstbewusste und selbstbestimmte Menschen. Das ist die große historische Gerechtigkeitsaufgabe der Bildungspolitik.

In Deutschland ist die Lage durchaus paradox: Deutschland hat die Massenarbeitslosigkeit überwunden, die höchste Beschäftigung seit der Wiedervereinigung und erstmals seit langem kräftig steigende Reallöhne.

– Doch viele nehmen der SPD die Agenda-Reformen übel. Steigende Beschäftigung und höhere Löhne führen in diesem Jahr zu der höchsten Rentensteigerung seit 25 Jahren. Um 6,7 Mrd. Euro steigen die Altersbezüge, in Ostdeutschland um 6%. – Doch das Vertrauen in die Rente ist gering und noch geringer das Vertrauen in die Rentenkompetenz der Parteien – auch in die der SPD.

Die SPD verkörpert einen Widerspruch. Messbarer realpolitischer Fortschritt auf der einen Seite.

Dennoch aber Wut und Enttäuschung, weil die Erwartungen und wohl inzwischen auch die Abstiegsängste größer sind als das Erreichte. Und auch die strukturellen Bedingungen für den Erfolg

sozialdemokratischer Politik haben sich grundlegend geändert: Es war die Fähigkeit zu kollektiver Interessenvertretung gepaart mit dem Ausbau eines handlungsfähigen nationalen Sozialstaats, die bis in die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts hinein die Durchsetzungsfähigkeit der Sozialdemokratie ausmachten.

Heute leben wir in sehr individualisierten Gesellschaften, die kollektiver Interessenvertretung entweder misstrauen oder sie sogar für überflüssig halten.

Zugleich begrenzen die globalisierten Wirtschafts- und Finanzstrukturen immer mehr den Handlungsrahmen nationaler Sozialstaaten.

Wenn die Sozialdemokratien trotzdem politisch erfolgreich sein wollen, müssen sie an drei Antworten arbeiten:

Erstens: Wie modernisieren wir unsere Volkswirtschaft so, dass wir auch in 10 Jahren noch wirtschaftlich erfolgreich arbeiten, zugleich aber wieder mehr soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit schaffen?

Zweitens: Wie gelingt es uns nicht nur international zu reden, sondern auch zu handeln? Dabei müssen wir vor allem eine gemeinsame sozialdemokratische Idee von Europa entwickeln. Davon sind wir heute weit entfernt. Ob es nun um die Nachbarschaftspolitik zu Nordafrika geht, um den Waffenhandel, die Flüchtlinge, um die Arbeitslosigkeit im Süden, die kulturelle Differenz zwischen Ost- und Westeuropa oder um die Finanzpolitik.

Schon das kleine Beispiel der Finanztransaktionssteuer zeigt, wie viel Arbeit vor uns liegt: Denn es sind auch linke Regierungen, die das Zustandekommen dieser überfälligen Besteuerung der Finanzmärkte behindern. Und auch in Deutschland muss klar sein: Die Finanztransaktionssteuer ist eben kein Instrument zur Verbesserung der Haushaltslage von Bund und Ländern, sondern sie muss der Einstieg in eine europäische Steuer sein, die dort investiert wird, wo die Lebens- und Arbeitsbedingungen am schlechtesten sind. Und das ist nicht Deutschland, sondern der Osten und der Süden Europas.

Deshalb übrigens darf die heutige Eurogruppensitzung auch kein neues Sparprogramm für Griechenland beschließen, sondern die Erleichterung der Schuldentragfähigkeit und die Beendigung des jährlichen Krisenzyklus, in dem die Griechen immer nur um neue Kredite zum Bedienen alter Kredite kämpfen müssen.

Wie nicht weniger wichtig ist: Wie ändern wir das paternalistische Bild einer „Wir-machen-für-Euch-Politik-Partei“ zugunsten von mehr Beteiligung und mehr Partizipation in der Entwicklung und Umsetzung von sozialdemokratischer Politik?

Also wie ermöglichen wir mehr Einflussnahmemöglichkeiten für Mitglieder aber auch für Nicht-Mitglieder, die sich unserer Idee von einer gerechten Gesellschaft verpflichtet fühlen?

Mit mehr Kooperation zu progressiven Bewegungen. Das bedeutet einerseits mehr Unsicherheit, denn eingeübte Rituale und scheinbare ideologische Gewissheiten werden dadurch infrage gestellt werden.

Es bedeutet auch realen Verlust an Macht in den klassischen Funktionsebenen unserer Partei. Aber es bedeutet zugleich einen Zugewinn in sozialer Verankerung.

Und die Sozialdemokratie war immer am stärksten, wenn sie Teil einer sozialen Bewegung war. Sie hat mehr als 100 Jahre darum gekämpft,

endlich auch Teil des Staates zu werden.

Das sind wir jetzt. Allerdings sind wir es inzwischen wohl zu viel.

Jedenfalls gehören wir für viele Menschen eher zu „denen da oben“, die ihnen fremd gegenüberstehen.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Der Verweis, der Notwendigkeit der ökonomischen Globalisierung auch eine politische Globalisierung gegenüber zu stellen, ersetzt nicht eine auch national auf mehr Gerechtigkeit ausgerichtete Politik.

Aber die dafür gefundenen Antworten werden nur glaubwürdig, wenn sie durch eine internationale Politik begleitet werden.

Die Verteilungsfrage oder der Verteilungskampf findet auch in der Welt des 21. Jahrhunderts in der Wirtschaft statt. In diesem Sinne ist es für die Sozialdemokratie entscheidend, die arbeitende Mitte der Gesellschaft im Blick zu haben und ihre Interessen zu vertreten. Sie für die Idee der Solidarität national und international zu gewinnen, ist die zentrale Orientierung der Sozialdemokratie!

Unser Land hat unglaublich viele Möglichkeiten. Es ist hoch angesehen in der Welt. Und für viele Menschen geradezu ein Sehnsuchtsort der Sicherheit und der Zukunftschancen.

Das hat mit vielen politischen Anstrengungen der Vergangenheit zu tun. Heute aber sind wir neu herausgefordert. Unsicherheiten nehmen zu. Die Parteien der demokratischen Mitte verlieren an Zuspruch. Ich glaube, dass wir den Kampf um die demokratische Mitte neu aufnehmen müssen. Und ich bin überzeugt, Gerechtigkeit ist der Schlüssel dazu.

Diese Gelsenkirchener Putzfrau las SPD-Chef Gabriel die Leviten
WAZ.de. [LINK](#)

Marc Kniest weist auf folgenden Artikel hin: SPD Auf die Krise der Arbeit folgt die Krise der Partei - Kolumne - SPIEGEL ONLINE. [LINK](#)

SPD Deutschland ohne Agenda 2010 - so sähe es aus - SPIEGEL ONLINE.
[LINK](#)

Ortsverein Eickel

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

unser Genosse Hans Purwin ist verstorben. Als Funktionär und langjähriges Mitglied in unserem Vorstand war er auch eine Stütze des Ortsvereins und des Unterbezirks Herne, der stets tatkräftig mit angepackt hat.

Stadtbezirk Eickel

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen - ASF # [LINK](#)

Liebe Genossinnen,

anbei leite ich Euch den Newsletter des ASF-Bundesvorstands zu Eurer Information weiter, siehe PDF.

In diesem Zusammenhang erinnere ich schon einmal an unser nächstes Treffen am 24.05.2016. Nächste Woche übersende ich Euch noch die Einladung mit allen Infos zum Treffen. Vorab freue ich mich aber Euch mitteilen zu können, dass Marion einen Referenten vom Weißen Ring – Lothar Schulz für uns gewinnen konnte!

Ich freue mich auf unser Treffen!

Viele Grüße
Carina

Einladung zum Frauenfrühstück, siehe PDF.
Monika Ganteföhr

Termine und Informationen

UB Herne Parteibüro / Fraktionen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
nun ist es nicht mehr lange hin und wir sind bei den letzten
Vorbereitungen unseres traditionellen SPD Familientages am Sonntag,
22.

Mai 2016 im Schloss Strünkede.

Da wir leider noch nicht sehr viele Rückmeldungen bezüglich einer
Kuchenspende und Helfer für den Auf- und Abbau von Euch gemeldet
bekommen haben,

bitten wir Euch, noch einmal ganz herzlich in Euren Ortsvereinen um
Werbung und Unterstützung, damit unser Familientag auch weiterhin ein
voller Erfolg wird.

Vielen lieben Dank.

Eure Britta.

(Britta.Batkowski.NRW@SPD.de oder 02323-9491)

Serdar Yüksel, MdL

Neues aus Düsseldorf 05-2016, als PDF.

Mit freundlichen Grüßen
Elisabeth Majchrzak-Frensel
(Ortsvereinsvorsitzende)

SPD-Ortsverein Eickel
Vorsitzende Elisabeth Majchrzak-Frensel
Veilchenweg 36
D-44651 Herne
FON: +49 (2325) 45448
FAX +49 (3212) 1019922
MOBIL: +49 (173) 5249144

Bankverbindung:
IBAN: DE15 4325 0030 0013 0035 87
BIC: WELADED1HRN
Kontoinhaber: SPD-OV-Eickel

**An die Mitglieder
des Vorstandes
des SPD-Ortsvereins Eickel**

Ortsvereinsvorsitzende

**Elisabeth Majchrzak-Frensel
Veilchenweg 36
D-44651 Herne**

☎ Privat +49 (2325) 45448
☎ Mobil +49 (173) 5249144
☎ Fax +49 (3212) 1019922
✉ elisabeth.majchrzak@spd-eickel.de

Herne, Samstag, 2016-05-14

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade ich Euch herzlich ein zur

**Vorstandssitzung
am Donnerstag, 19. Mail 2016, um 19:00 Uhr
Restaurant „Taverne Kavala“,
Hauptstraße 42, 44651 Herne,
Tel. 02325-586803.**

Vorgeschlagene Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung, Festlegung der Tagesordnung
2. Rückblick Spielplatzfest am Heckenweg 17.04.2016
3. Familientag Strünkede 22.05.2016
4. Termine
5. Aktuelle Politik
6. Berichte der Mandatsträger und Funktionäre
7. Verschiedenes

Bis dahin verbleibe ich mit freundlichen Grüßen



Elisabeth Majchrzak-Frensel
(Ortsvereinsvorsitzende)





... Grußwort - von Agnes Allrogen-Bedel, stellv. ASF-Bundesvorsitzende

Liebe Genossinnen,
liebe Freundinnen,

eigentlich bräuchte Deutschland dringend eine sozialdemokratische Politik. Aber, wie die Ergebnisse der Landtagswahlen und die Umfragen zeigen, sieht das die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler leider nicht so.

In Rheinland-Pfalz sind wir bei den Landtagswahlen mit einem blauen Auge davongekommen: wir behalten Malu Dreyer als Ministerpräsidentin, und die Koalition mit den Grünen kann fortgesetzt werden, wenn auch unter Beteiligung der FDP. Dass auch bei uns die AfD in den Landtag einziehen wird, ist bitter und bleibt hoffentlich nur eine Episode.

Woran es liegt, dass die rheinland-pfälzische SPD die letzten Landtagswahlen relativ gut überstanden hat? Unser Wahlkampf war engagiert, das Programm gut – aber das war traf auch auf die anderen Bundesländer zu. Unser überzeugendstes Argument war und ist unsere politisch und menschlich glaubwürdige Ministerpräsidentin. Das ist ein besonderer Glücksfall.

Aber das relativ gute Abschneiden unserer Partei ist auch das Ergebnis einer langen frauenpolitischen Entwicklung. Eine bekennende Feministin an der Spitze eines doch eher konservativen Landes: so etwas kommt nicht von selbst. Kurt Beck hat die ungeliebte „Quote“ seinerzeit konsequent durchgezogen, was keineswegs konfliktfrei verlief. Aber mit der Zeit bekamen dadurch immer mehr Frauen die Chance, sich politisch einzubringen. Das hat dem Land und den Wahlergebnissen der SPD nicht geschadet, im Gegenteil.

Und wie sollen wir als Partei auch auf Bundesebene aus dem Tief wieder herauskommen? Mein Tipp: die Beschlüsse der ASF mutig umsetzen. Unsere Arbeitsgemeinschaft war der Gesamtpartei schon immer ein Stück voraus – manchmal um ein paar Jahre, bisweilen auch um Jahrzehnte (mehr als 40 Jahre beim Ehegatten-Splitting, mehr als 20 Jahre bei der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare). Der richtige Slogan ist ja schon da: die SPD muss weiblicher werden. Dann müsste es wieder klappen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch viel Spaß beim Lesen

Eure

Agnes Allrogen-Bedel





ASF-NEWSLETTER

... Neues aus dem Bundesvorstand - von Elke Ferner, ASF-Bundesvorsitzende

Bericht über die 60. Sitzung der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen in New York

Vom 14. bis zum 24. März 2016 fand die 60. Sitzung der Frauenrechtskommission (FRK) der Vereinten Nationen in New York statt. Das diesjährige Schwerpunktthema lautete „Women’s empowerment and its link to sustainable development“ – die Stärkung von Frauen im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung.

Wie schon im letzten Jahr nahm ich in meiner Funktion als Parlamentarische Staatssekretärin an der FRK und zahlreichen Nebenveranstaltungen teil und führte bilaterale Gespräche mit Regierungsvertreterinnen und NGOs.

So konnte ich mich mit Vertreterinnen von Österreich, Schweden, Angola, Türkei, Frankreich, Norwegen und Rumänien sowie mit der EU-Kommissarin Věra Jourová über frauen- und gleichstellungspolitische Themen austauschen. Meine Gesprächspartnerinnen waren sehr interessiert an der deutschen Quotenregelung für mehr Frauen in Führungspositionen, dem geplanten Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit und den Regelungen zum ElterngeldPlus bzw. den Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.

Auch Gespräche mit der stellvertretenden Exekutivdirektorin von UN Women, Lakshmi Puri aus Indien, oder mit Vertreterinnen der deutschen Frauenverbände, die an der FRK teilnahmen, waren sehr interessant und für beide Seiten nützlich. Auch mit unseren Schwestern von PES Women und SIW konnte ich mich austauschen und gemeinsam Veranstaltungstermine wahrnehmen.

Ein besonderes Highlight war meine Teilnahme an der allgemeinen Aussprache der FRK, bei der ich die Bundesregierung vertreten konnte. In der doch sehr diplomatisch geprägten Debatte habe ich deutlich gemacht, dass die diesjährige Abschlusserklärung der FRK eine klare Linie vorgeben muss, wie die Agenda 2030 zur Stärkung der Frauen und der Durchsetzung ihrer Rechte genutzt werden könne. Auch konnte ich die Prioritäten der Gleichstellungspolitik hervorheben, die wir in der ASF ja nur zu gut kennen: die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und die wirtschaftliche Stärkung und Beteiligung von Frauen. Wichtig war mir auch die Forderung, die Zivilgesellschaft stärker in der Arbeit der Frauenrechtskommission zu beteiligen.

Das tollste waren aber auch dieses Jahr die vielen engagierten Frauen aus aller Welt, die bei der FRK zusammenkamen – ob Vertreterinnen von Regierungen oder der Zivilgesellschaft. Kein Land dieser Erde hat die Gleichstellung von Frauen und Männern bisher erreicht: Da ist es spannend zu sehen, wie sich andere Länder für die Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzen und wie man voneinander





ASF-NEWSLETTER

lernen kann. Dass alle die Gleichstellung von Frauen und Männern erreichen wollen, ist spürbar: Das ist Women-Power!

Gastbeitrag vom Marie-Schlei-Verein

Christa Randzio-Plath: der Marie-Schlei-Verein – ein Sonnenstrahl für Frauen im globalen Süden

Fluchtursachen bekämpfen, Bleibeperspektiven und Frauenförderung stärken! Darum geht es! Entwicklungszusammenarbeit und Frauenförderung tragen dazu bei, dass sich die Rahmenbedingungen für Armutsbekämpfung z.B. in Afrika verändern.



Dazu werden helfende Hände gebraucht. Der nach der 1. deutschen Entwicklungsministerin benannte, 1984 von ASF- und Gewerkschaftsfrauen gegründete gemeinnützige Marie-Schlei-Verein unterstützt zur Armutsbekämpfung und Geschlechtergerechtigkeit Frauenausbildungsprojekte in Afrika,

Asien und Lateinamerika. In über 600 Projekten im Gemüseanbau und Handwerk, in Milchwirtschaft, Kräuter-, Bienen-, Pilz- und Blumenzucht, Bewässerung, Fischteichen, Kleintierhaltung, im Computerbedienen, Altbausanieren und in der Möbelherstellung werden Frauen qualifiziert, erzielen ein Einkommen, verbessern die Ernährung und Bildung ihrer Familien. Kurse zu Frauenrechten, Frauengesundheit gehören dazu wie die Vergabe von Kleinstkrediten. Dabei geht es um partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Frauengruppen in Entwicklungsländern, um Hilfe zu Selbsthilfe.

Neben Projekten in den Elendsvierteln von El Salvador und den erdbebengeschüttelten Ländern wie Ekuador und Nepal verstärken wir unsere Zusammenarbeit mit Frauen in Afrika und bitten um Unterstützung für Frauen in Benin. Nach dem UNDP-Index für menschliche Entwicklung zählt Benin zu den 20 am wenigsten entwickelten Staaten. Fast 60 Prozent der Menschen in Benin sind Analphabeten, Malaria ist eine Volkskrankheit. Ein Drittel der Bevölkerung hat weniger als 1.25 US\$ zur Verfügung. Das westafrikanische Land an der Grenze zu Nigeria und dem Boko-Harram-Terrorismus hat eine langsame demokratische Entwicklung, die Wirtschaft stagniert und gefährdet den sozialen Frieden.



ASF-NEWSLETTER

40 Frauen in dem Dorf Kapri erhalten in unterschiedlichen Kursen eine landwirtschaftliche Qualifizierung zur Bodenbearbeitung, im Gemüseanbau, für die Anpflanzung von Bäumen sowie die Bewässerung, in der Produktion von Saatgut, in der ökologisch verträglichen Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen, in der Konservierung, in Buchführung und Verkauf sowie Marketing. Nach der Ausbildung soll dann ein Bauerngut von den Frauen genossenschaftlich geführt werden.



... Neues aus den Landesverbänden - heute Nordrhein-Westfalen

Daniela Jansen neue ASF-Landesvorsitzende

Bei der Landeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) im AWO-Zentrum Gelsenkirchen/Bottrop setzte sich die 38-jährige Aachenerin am 27. Februar mit 96 von 138 Stimmen gegen die langjährige Vorsitzende durch. Sie steht damit an der Spitze von rund 37.000 SPD-Frauen in NRW.

"Die ASF ist eine der wichtigsten Arbeitsgemeinschaften und ich freue mich, dass ich die SPD-Frauen in den nächsten zwei Jahren vertreten darf", sagte sie nach ihrer Wahl. Bis zu ihrem Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag war Daniela Jansen als Projektmanagerin im Bereich Arbeitsmarktpolitik beschäftigt. Seit der Landtagswahl 2012 vertritt sie den Wahlkreis Aachen II und sitzt dem Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation im nordrhein-westfälischen Landtag vor.

Zu ihren politischen Schwerpunkten zählen die Themen Frauen, Gleichstellung, Arbeitsmarkt und Soziales sowie Medienpolitik.

Daniela Jansen ist verheiratet und hat zwei Kinder.

NRW-SPD-Generalsekretär André Stinka gratulierte der neuen Vorsitzenden und lud Daniela Jansen ein, sich auch aktiv in den Prozess "Fundament stärken!" der NRWSPD einzubringen. Ein Teil-Projekt des Prozesses mit dem Titel „Die SPD weib-





ASF-NEWSLETTER

licher machen“ beschäftigt sich mit der Frage, warum sich Frauen zurückhaltender in unserer Partei engagieren können und/oder wollen.

... Neues aus Europa - von Maria Noichl, MdEP

Liebe Genossinnen,

die Ausschusssitzungen am 22./23. März, sprich am Tag der Attentate in Brüssel und danach, mussten auf Grund von Sicherheitsbedenken abgesagt werden. Dabei wurden Diskussionen zu Berichten über die Verhinderung von Menschenhandel durch die Außenpolitik der EU, zum mehrjährigen Finanzrahmen aus gender-Perspektive und über weibliche Armut auf die nächste Sitzung verschoben. Klar ist: Wir dürfen, auch in Anbetracht solch abscheulicher Taten, keinen Schritt zurückweichen und dürfen unsere offene, demokratische und auf die Einhaltung der Grundrechte basierende Gesellschaft, nicht in Frage stellen lassen.

Allgemeine Beobachtungen - Gleichstellung systematisch unterwandert?

Dass dies dennoch passiert, beobachten wir im Europäischen Parlament im Hinblick auf bestimmte Parteien und Gruppen seit längerem. Deutlich wird aber zunehmend, dass sich ganze Regierungen gegen gemeinsame Ziele der Gleichstellung aussprechen. Dies wurde auch in den Ausschusssitzungen dieser Woche deutlich. Sowohl die für Gleichstellung zuständige Kommissarin Vera Jourova als auch ein Vertreter der derzeitigen niederländischen Ratspräsidentschaft machten deutlich, dass viele der Dossiers, auf deren Verabschiedung wir nun schon seit teilweise Jahren warten, an dem Widerstand einzelner Länder scheiterten. Auch einfache, fast nur symbolische Schritte, würden von diesen torpediert: Der Rat der Europäischen Union hatte beispielsweise bekanntgegeben, Ratsschlussfolgerungen beschließen zu wollen, um sich erneut deutlich für eine Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter auszusprechen. Die Idee war hierbei, dies mit einer Stellungnahme zu dem ebenfalls von der Kommission nicht vorgelegten, aber gewünschten, Aktionsplan zur Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTI-Menschen zu verknüpfen. Dabei waren sich 27 Mitgliedstaaten einig. Nur einer, Ungarn, sprach





ASF-NEWSLETTER

sich aus politischer Überzeugung dagegen aus und konnte so die gemeinsame Positionierung verhindern.

Diese Tendenz sei mittlerweile auch bei der polnischen Regierung festzustellen, das, bedenkt man die Äußerung der polnischen Ministerpräsidentin in Bezug auf das Recht auf Abtreibung in den letzten Wochen, nicht überraschend klingt. Wir Sozialdemokraten, zusammen mit den Abgeordneten der Grünen, Linken und Liberalen, haben in den letzten Wochen daher ganz besonders unsere Solidarität mit den polnischen Frauen deutlich gemacht: Wir dürfen nicht zulassen, dass eines der bereits restriktivsten Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch Frauen in Zukunft nur noch die Möglichkeit eines Abbruchs geben wird, wenn die Schwangerschaft ihr Leben gefährdet. Denn wir alle wissen, dass die Rückkehr zu unsauberen, unsicheren und illegalen Schwangerschaftsabbrüchen genau der Weg ist, der für Frauen lebensbedrohlich sein wird. Dass Regierungen versuchen, Macht über den weiblichen Körper und auf die damit verbundene selbstbestimmte Sexualität auszuüben, ist auch mitten in der EU noch immer ein Thema. Deutlich wird in Polen und Ungarn, aber auch in Deutschland, beispielsweise bei Betrachtung der Alternative für Deutschland, einmal mehr: Nationalismus und Sexismus gehen Hand in Hand. Der Vertreter der niederländischen Ratspräsidentschaft machte am Ende der Sitzung deutlich, dass die Vertreterinnen und Vertreter seines Landes weiterhin versuchen werde, eine einstimmige Ratsschlussfolgerung zu den beiden Dokumenten zu verabschieden. Die Abgeordneten des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, werden dem Rat hier selbstverständlich zur Seite stehen.

Aktuelles aus dem Ausschuss

Eine gute Nachricht gab es dennoch während der Sitzung mit der Kommissarin Jourova. So seien derzeit neue Vorschläge zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dabei insbesondere zur Mutterschafts-, Vaterschafts-, und Elternzeit in Arbeit. Diese würden spätestens zum Ende dieses Jahres von der Kommission vorgestellt. Weiterhin werde nun mit den Mitgliedstaaten an der Ratifizierung der Istanbulen Konvention gearbeitet, die dann ebenfalls von der EU ratifiziert werde. Dies ist, wie wir gerade in Deutschland in Bezug auf die Reform des Sexualstrafrechts merken, ein großer Schritt voran. Und das für alle Frauen in der Europäischen Union. Zudem habe man sich das Ziel gesetzt, ein Europäisches Jahr gegen Gewalt gegen Frauen für das kommende Jahr auszurufen. Dies böte die Möglichkeit auf das nach wie vor bestehende Problem in der EU hinzuweisen, grenzüberschreitende Kampagnen und Projekte zu beginnen und nachhaltiges Bewusstsein zu schaffen. Auch mit Hinblick auf den viel diskutierten gender pay gap und den gender pension gap soll es neue konkrete Maßnahmen geben. Dabei werden die Sanktionsmöglichkeiten für Unternehmen bei Nicht-Einhaltung geprüft. Länder wie Frankreich, in denen solche Regelungen bereits umgesetzt wurden, berichten Positives. Und ich denke, dass wir bereit sind, diesen Schritt zu gehen. Wir können es uns nicht erlauben, weiterhin nur auf faire Bezahlung zu hoffen. Wir haben sie schon lange verdient und sollten endlich



ASF-NEWSLETTER

Maßnahmen umsetzen, die sie garantieren. Selbst die Kommissarin, die sich sonst eher zurückhaltend äußert, machte diesmal ganz deutlich: nur da wo rechtliche Schritte eingeleitet werden, bewegt sich wirklich etwas für die Frauen. Wir Abgeordnete werden die Kommissarin bei Gelegenheit an ihre Worte erinnern.

Mit feministischen Grüßen
Eure Maria Noichl

... Neues aus dem Bundesvorstand - von Elke Ferner

Sexualstrafrecht: Chance auf umfassende Reform nutzen – Nein muss Nein heißen!

Unsere Beschlusslage ist klar: Das Sexualstrafrecht weist gravierende Schutzlücken auf. Bereits die letzte ASF-Bundeskonzferenz im Juni 2014 hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, das Sexualstrafrecht umfassend zu reformieren. Denn ein Nein muss auch ein Nein bedeuten!

Mittlerweile hat die Union ihren Widerstand gegen das Gesetzesvorhaben aufgegeben und das Kabinett hat am 16. März 2016 den Gesetzentwurf zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung beschlossen. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Einige Fallkonstellationen werden durch den Gesetzentwurf unter Strafe gestellt, wie etwa so genannte Überraschungsangriffe.

Allerdings wird der Grundsatz „Nein heißt Nein“ mit diesem Gesetzentwurf nicht umgesetzt und Schutzlücken bleiben bestehen. Zudem muss auch die sexuelle Belästigung unter Strafe gestellt werden. Gerade angesichts der Vorfälle in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten brauchen wir ein klares Signal für sexuelle Selbstbestimmung, das auch im Strafrecht verankert sein muss.

Ein breites Bündnis von Frauenverbänden hat sich für weitere, dringend notwendige Verbesserungen an dem Gesetzentwurf ausgesprochen. Gemeinsam mit der FrauenUnion werden wir daher im parlamentarischen Verfahren versuchen, den Grundsatz „Nein heißt Nein“ umzusetzen und einen Straftatbestand der sexuellen Belästigung aufzunehmen. Dazu haben wir auf gemeinsame Initiative der ASF und der FrauenUnion am 27. April 2016 eine ExpertInnen-Anhörung im Bundestag durchgeführt.

Wir müssen die Chance für eine umfassende Reform des Sexualstrafrechts jetzt nutzen – zum Schutz der Frauen und Mädchen!

... wir gratulieren



Petra Grimm-Benne wird neue Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration in Sachsen-Anhalt



ASF-NEWSLETTER

- ♀ Martina Münch ist neue Brandenburger Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- ♀ Sabine Tischendorf, wiedergewählt zur ASF-Landesvorsitzenden in Brandenburg
- ♀ Maria Noichl, neue ASF Vorsitzende der Region Oberbayern
- ♀ Petra Ackmann, wiedergewählt als ASF-Landesvorsitzende in Hamburg
- ♀ Daniela Jansen, neue ASF Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen
- ♀ Margriet Zieder-Ripplinger, wiedergewählt als ASF-Landesvorsitzende Saar
- ♀ Micky Wengatz zur Wiederwahl als Landesvorsitzende der ASF Bayern
- ♀ Eva Högl zur Wiederwahl als Landesvorsitzende der ASF-Berlin
- ♀ Wiebke Esdar, neue SPD Chefin in Bielefeld
- ♀ ... und allen anderen engagierten Frauen

...Termine und Veranstaltungen

03. Juni	ASF-Veranstaltung zu Parité in Mannheim
05. Juni	SPD Parteikonvent in Berlin
17.-19. Juni	ASF Bundeskonferenz in Magdeburg
04. September	Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern
18. September	Wahlen Abgeordnetenhaus Berlin
25. November	Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen
18. März 2017	Equal Pay Day

... von uns für Euch ...

Buchtipps: Ein bisschen gleich ist nicht genug (Empfehlung der ASF-Thüringen)

Im Zuge des Internationalen Frauentages war die bekannte Netzaktivisten und frühere Politikerin der Piratenpartei Anke Domscheit-Berg zu einer Lesung in Eisenach im Goldenen Löwen zu Gast. Ihr Buch „Ein bisschen gleich ist nicht genug! Ein Weckruf!“ ist ein gelungenes Plädoyer für Geschlechtergerechtigkeit zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt und der Gesellschaft - Prädikat absolut lesenswert.

An absurd hirnrissigen und erschreckenden Beispielen (Frauen malen einfach schlecht, deswegen finden sich so wenige Künstlerinnen in unseren Museen und



ASF-NEWSLETTER

Galerien – Ausspruch von Georg Baselitz) verdeutlichte sie gängige (Vor-)Urteile, unterzog diese wissenschaftlichen Untersuchungen (das exakt gleiche Bild mit einem männlichen Künstlernamen taxieren Galerien um 30% höher im Wert) und unterzog sie einem Faktencheck.

„Wer im Anschluss an die Lektüre noch glaubt, dass die Diskriminierung von Frauen wahlweise zufällig stattfindet oder evolutionär bedingt oder Einbildung ist, darf gerne auf sein rosa-hellblaues Glitzer-Wölkchen zurück“ sagte Thüringens ASF-Landesvorsitzende Heidrun Sachse abschließend. „Fakt ist, dass Frauen ohne ersichtlichen Grund weniger verdienen, für Waren und Dienstleistungen mehr bezahlen müssen und noch immer in vielen Bereichen unterrepräsentiert sind.



Nach wie vor werden Frauen benachteiligt. Auch wenn die Wirtschaft immer wieder Besserung gelobt, es tut sich viel zu wenig. Insofern ist das Buch von Anke Domscheit-Berg ein Aufruf an alle Frauen, Männer, die Politik und die Wirtschaft mehr zu tun – jeder auf seinem Gebiet.“

... Impressionen vom Equal Pay Day aus Berlin, Thüringen und Schleswig-Holstein



Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand
SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de



ASF-NEWSLETTER



© SPD-Bundestagsfraktion



@SPD-Geesthacht



@ASF Thüringen

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand
SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de



ASF-NEWSLETTER



@ASF Thüringen

Noch mehr Fotos vom Equal Pay Day findet Ihr unter:
http://www.asf.de/aktuelle_themen/impressionen-vom-equal-pay-day-2016

... Zum Schluss noch mehr Informationen für Euch - unsere Pressemitteilungen

Nein heißt Nein: Wir fordern einen besseren Schutz der sexuellen Selbstbestimmung! – Gemeinsame Presseerklärung von ASF und Frauen-Union
http://www.asf.de/aktuelle_themen/nein-heit-nein-wir-fordern-einen-besseren-schutz-der-sexuellen-selbstbestimmung--gemeinsame-presseerklrung-von-asf-und-frauen-union

ASF: Rückfall ins Mittelalter verhindern – Solidarität mit den Frauen in Polen
http://www.asf.de/aktuelle_themen/spd-frauen-rckfall-ins-mittelalter-verhindern--solidaritt-mit-den-frauen-in-polen

SPD-Frauen unterstützen DGB-Forderung nach Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit
http://www.asf.de/aktuelle_themen/spd-frauen-untersttzen-dgb-forderung-nach-rechtsanspruch-auf-befristete-teilzeit

ASF: Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit: Union muss Blockadehaltung aufgeben
http://www.asf.de/aktuelle_themen/asf-gesetz-fr-mehr-lohngerechtigkeit-union-muss-blockadehaltung-aufgeben

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bundesvorstand
SPD – Parteivorstand / Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin, Wilhelmstr 141
Kontakt: asf@spd.de



Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Bochumer Str. 26, 44623 Herne

2016-04-21

Frauen frühstücken gemeinsam



Wir treffen uns ganz zwanglos zu einer gemütlichen Plauderrunde. Ob vor oder nach dem Einkaufsbummel in der Stadt: Komm vorbei!

Der nächste Termin steht fest:

**Samstag, 04.Juni 2016, 10.00 Uhr,
in der „Brasserie“, Hauptstraße 235, 44649 Herne.**

Mitzubringen:

Gute Laune, Lust auf einen „Klönschnack“, ein wenig Kaffeedurst und Appetit auf ein Frühstück Deiner Wahl.

Monika Ganteföhr
Kaiserstr. 59
44629 Herne
Tel: 02323/ 26088
Email: monika@gantefoehr.de



Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Carina Gödecke und Serdar Yüksel

Ausgabe 05/2016

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

bevor wir Ihnen und euch in unserem Mai-Newsletter über die Debatten und Beschlüsse der Plenartage und über aktuelle Meldungen aus unseren Wahlkreisen Bochum, Wattenscheid und Herne berichten, möchten wir zu unserer Veranstaltung „Fraktion vor Ort“ zum Thema „Vom Flüchtling zum Nachbarn – unser Integrationsplan für NRW“ am 25. Mai 2016 ab 18 Uhr im Q1-Quartier in Bochum einladen. Wir möchten den Integrationsplan der Landesregierung vorstellen und gemeinsam mit Ihnen und euch Erfahrungen und Meinungen diskutieren, um sie in unsere Arbeit einfließen zu lassen. Weitere Informationen zur Anmeldung sind auf Seite 4 des Newsletters zu finden.

Nachdem im April Plenum bereits die Finanzierung von neuen Wohnungen für NRW debattiert wurde, haben wir uns jetzt mit der Schaffung von neuen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau auseinandergesetzt. Dazu gehören unter anderem die Umsetzung des von Bundesbauministerin Barbara Hendricks vorgelegten 10-Punkte-Programms für mehr Wohnungsbau sowie die Optimierung und Lichtung von Bestimmungen und Rechtsvorschriften. Darüber hinaus haben wir mit einer erneuten Anpassung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes die Kommunen nochmals entlastet und bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen mit der Anhebung der Zuweisungen auf insgesamt rund 1,95 Milliarden Euro unterstützt.

Auch das Gesamtsystem der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen werden wir in den kommenden drei Kindergartenjahren mit mehr als einer halben Milliarde Euro finanziell unterstützen. Mit den zusätzlichen Mitteln werden Qualität, Personalmindeststandards und ein vielfältiges Angebot bis zur anstehenden großen gesetzlichen Neustrukturierung gesichert.

Im Rahmen ihres schon traditionellen Bochum-Tages besuchten Carina Gödecke und Serdar Yüksel zusammen die Kita Sternhügel der jüdischen Gemeinde Bochum und das Wohnungsunternehmen Vonovia. Darüber hinaus nahm Carina Gödecke in Rom als Vertreterin für das Land NRW bei der Verleihung des Karlspreises teil und in Wattenscheid wurden Irmgard Scheinhardt und Herbert Schwirtz von Franz Müntefering für ihre 70-jährige SPD-Mitgliedschaft geehrt.

Wir wünschen Ihnen und euch viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen für unsere Fraktion vor Ort Veranstaltung am 25. Mai!

Mit besten Grüßen

Carina Gödecke MdL

Serdar Yüksel MdL

Überlegt: Gute Rahmenbedingungen für mehr Wohnungsbau



Höhere Fördersätze und kräftige Tilgungsnachlässe verhelfen der Wohnbauförderung zu neuem Aufwärtstrend. Der soziale Mietwohnungsbau in NRW hat deutlich zugelegt. Die Wohnungsbauoffensive der nordrhein-westfälischen Landesregierung trägt Früchte. Und neben der bedarfsgerechten Finanzierung, die der Landtag bereits im April-Plenum auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen debattiert hat, müssen nun auch geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden.

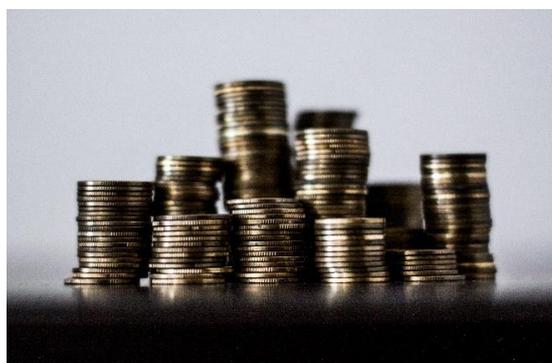
Dazu gehören unter anderem die Maßnahmen, die im aktuellen Antrag der beiden Fraktionen aufgeführt sind:

- die Optimierung bauplanungsrechtlicher Bestimmungen durch die Bundesebene
- eine Lichtung der zum Teil widersprüchlichen Rechtsvorschriften für das Bauen verschiedenster Art
- ein zielorientiertes Liegenschaftsmanagement der Kommunen mit Flächenmobilisierung - insbesondere für den mietpreisgebundenen Wohnungsbau
- eine konsequente und zeitnahe Umsetzung des von Bundesbauministerin Barbara Hendricks vorgelegten 10-Punkte-Programms für mehr Wohnungsbau
- und nicht zuletzt auch Erleichterungen des Bauens mit Holz als eine wichtige Ergänzung des Wohnungsbaus in ökologischer wie bauphysikalischer Hinsicht.

Der Antrag wurde am Mittwoch in den Landtag eingebracht.

Überprüft: Land entlastet Kommunen bei Flüchtlingskosten

Die rot-grüne Landesregierung wird die Kommunen nochmals stärker entlasten und bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen. Das geht aus dem Gesetzentwurf zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) hervor, der am Mittwoch im Plenum verabschiedet wurde. Demnach werden die Zuweisungen auf insgesamt rund 1,95 Milliarden Euro angehoben. Berechnungsgrundlage ist die prognostizierte Zahl von 181.134 Flüchtlingen in NRW zum Stichtag 1. Januar 2016. Zudem bekommen die Kommunen erstmals auch Geld für die 13.620 geduldeten Personen in NRW.



Dieser Betrag soll im Laufe des Jahres nochmals aufgestockt werden. Die tatsächliche Summe wird derzeit evaluiert, dafür melden die Kommunen die bei ihnen angekommen Asylbewerberinnen und Asylbewerber an das Innenministerium. Die Erstattungsbeträge werden noch 2016 in den kommunalen Haushalten kassenwirksam. Schließlich haben die Kommunalen Spitzenverbände, die Landesregierung und die Fraktionen von SPD und Grünen im Dezember 2015 vereinbart, das im FlüAG geregelte Finanzierungssystem ab 2017 von der bisherigen jährlichen Pauschale auf eine monatliche Zahlung pro Flüchtling umzustellen.

Eine weitere Änderung ist die andere Zuteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen. Städte, in denen Flüchtlinge registriert oder verteilt werden, müssen bis zu 1.000 Personen weniger aufnehmen. Davon profitieren vor allem die 'Drehkreuz'-Städte Köln, Dortmund und Düsseldorf, in denen Flüchtlinge mit Sonderzügen etwa aus Bayern angekommen sind. Ebenfalls entlastet werden auch Städte wie Münster, Herford und Niederaußem, in denen die Ankommenden registriert werden.

Verbesserungen wird es nach der Verabschiedung der Novelle auch bei der Erstattung der Gesundheitskosten geben: Künftig erstattet das Land den Städten und Gemeinden die

Behandlungskosten, die über 35.000 Euro pro Jahr und Flüchtling hinausgehen. Derzeit liegt die Grenze bei 70.000 Euro.

All diese Maßnahmen verdeutlichen noch einmal unsere Entschlossenheit, die anstehenden Aufgaben an der Seite der Städte und Gemeinden gemeinsam zu bewältigen.

Überdacht: Vereinfachungen bei kommunalen Vollstreckungen

Am Mittwoch ist über zwei Gesetze im Landtag debattiert worden, die unter anderem Zwangsvollstreckungen und die postalische Zustellung von wichtiger Amtspost wie Vollstreckungsbescheide regeln. Sowohl das Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW als auch das Verwaltungszustellungsgesetz NRW sollen überarbeitet werden. Das haben Evaluierungen ergeben, die 2014 und 2015 erhoben wurden. Dabei wurde unter anderem geprüft, ob die beiden Gesetze auch künftig noch erforderlich sind. Beide waren nur befristet und wurden bereits entfristet, da sie als weiterhin notwendig eingestuft worden sind. Über weitere Verbesserung, wie unter anderem eine vereinfachte Zustellung der Bescheide aus den kommunalen Verwaltungen, wurde am Mittwoch im Landtag beraten. Darüber hinaus sollen weitere Vereinfachungen der Vollzugspraxis gesetzlich verankert werden. Unter anderem wird durch die Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes die Finanzlage der Kommunen durch eine effizientere Beitreibung von Geldforderungen positiv beeinflusst.

Überarbeitet: Landesplanungsgesetz wird novelliert



Mit der Novelle des Landesplanungsgesetzes, die am Mittwoch im Plenum behandelt wurde, modernisiert die rot-grüne Koalition das Landesplanungsrecht. Wir ermöglichen mit den Änderungen eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung, schaffen Rechtsklarheit für wichtige Aufgaben wie die Leitentscheidung Garzweiler II und erleichtern Prozesse in der Raumplanung. Im Zuge der Aufstellung des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) sind Anpassungen notwendig geworden. Der Dreiklang mit der Novelle Landesplanungsgesetz, dem neuen LEP und der

Leitentscheidung zu Garzweiler II schafft verlässliche Rahmenbedingungen für die Flächennutzung und Raumentwicklung in NRW im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunen und der Unternehmen. Mit der am Mittwoch abschließend beratenen Novelle des Landesplanungsgesetzes wurde ein wichtiger Teil dieses Dreiklangs umgesetzt.

Überbrücken: Finanzielle Unterstützung für Kindereinrichtung

Die rot-grüne Landesregierung wird das Gesamtsystem der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen in den kommenden drei Kindergartenjahren mit mehr als einer halben Milliarde Euro finanziell unterstützen. Dazu zählt das freiwerdende Geld aus dem gekippten Betreuungsgeld des Bundes ebenso wie die jährliche Steigerung der Kind-pauschalen auf drei Prozent. Das ist eine Verdoppelung dieser Pauschalen.



Das zusätzliche Geld wird in den Kitajahren 2016/17, 2017/18 und 2018/19 eingesetzt, um der strukturellen Unterfinanzierung abzuhelpfen. So sollen Qualität, Personalmindeststandards und ein vielfältiges Angebot bis zur anstehenden großen gesetzlichen Neustrukturierung gesichert werden. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde am Donnerstag von der Landesregierung im Landtag vorgestellt.

Überfällig: Studium und duale Ausbildung sind gleichwertig



In den vergangenen Monaten wurde versucht, duale Ausbildung und Studium gegeneinander auszuspielen. Dabei ergänzen sich berufliche und hochschulische Ausbildung komplementär. Sie sind weder konkurrierende Systeme, noch getrennte Welten. Den Fraktionen von SPD und Grünen geht es deshalb darum, die besten und für sie passenden Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen anzubieten. Davon profitieren die Menschen in NRW und auch die Wirtschaft. Ein modernes Verständnis von beruflicher Qualifikation und hochschulischer Bildung setzt dabei in hohem Maße auf wechselseitige Durchlässigkeit. Um diese aufzuzeigen und noch weiter zu verbessern, haben die Koalitionsfraktionen einen entsprechenden Antrag für das Plenum am Donnerstag vorbereitet.

Überzeugend: Zeichen für Europäische Union mit Großbritannien

Die nordrhein-westfälischen Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP nutzen die aktuelle Europawoche, um ein starkes Zeichen für einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union zu setzen. In einem gemeinsamen Antrag machen sie deutlich, dass der Verbleib in der europäischen Gemeinschaft wichtig ist. Natürlich wird der anstehende Volksentscheid am 23. Juni 2016 über die Mitgliedschaft in der EU als eine rein innerstaatliche Entscheidung der britischen Bevölkerung angesehen und unabhängig vom Ausgang respektiert. Dennoch wollen wir im Landtag aus nordrhein-westfälischer Perspektive den Wunsch äußern, dass Großbritannien Teil der EU bleiben möge.



Die vier Fraktionen brachten den Antrag am Donnerstag ins Plenum ein. Anlässlich des 70. Landesjubiläums erinnern sie damit auch an eine wichtige Entscheidung der damaligen britischen Besatzungsmacht für NRW: Die Gründung unseres Bundeslandes wurde dadurch erst ermöglicht. Jedoch auch in Bezug auf die heutige Zeit wird deutlich, dass sowohl die wirtschaftlichen als auch die zivilgesellschaftlichen Beziehungen mit Großbritannien für unser Land von enormer Wichtigkeit sind.

Veranstaltungseinladung: Vom Flüchtling zum Nachbarn

Die SPD-Landtagsfraktion stellt Integrationsplan für NRW in Bochum vor

Die Integration der Geflüchteten mit einer guten Bleibeperspektive ist und bleibt eines der zentralen gesellschaftlichen und politischen Aufgaben und benötigt ein klares Leitbild. Die SPD-Landtagsfraktion hat dafür Eckpunkte für einen umfassenden Integrationsplan vorgelegt, der derzeit im Landtag diskutiert und noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll.

FRAKTION VOR ORT

**NRW
DIE FRAKTION**

SPD

Die Bochumer SPD-Landtagsabgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel laden daher interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen am Mittwoch, den 25. Mai 2016, um 18.00 Uhr ins „Q1- Eins im Quartier“ (Halbachstrasse 1, 44793 Bochum) ein, um mit Ihnen zu diskutieren und Ihre Meinungen und Erfahrungen in den Integrationsplan einfließen zu lassen.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Hans-Willy Körfges wird den Integrationsplan vorstellen. Außerdem wird der Pfarrer der Friedenskirche Bochum Holger Neumann über die Erfahrungen bei der Integration von Flüchtlingen vor Ort berichten. Im Anschluss soll gemeinsam mit dem Publikum diskutiert werden.

Um eine [Anmeldung bei der SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen](#) wird gebeten:

Telefon: 0211 884 2613

Email: spdfraktion-vor-ort@landtag.nrw.de

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme!

Zwei Leben für die Sozialdemokratie: Irmgard Scheinhardt und Herbert Schwirtz feiern 70-jähriges Parteijubiläum - Feierliche Ehrung durch Franz Müntefering



Die SPD schaut auf eine lange Tradition zurück und feierte im Jahr 2013 ihr bereits 150-jähriges Bestehen. Rund 70 Jahre ist die Partei bereits Teil im Leben von Irmgard Scheinhardt und Herbert Schwirtz. Beide wurden in Anwesenheit von rund 120 Gästen für dieses außerordentliche Jubiläum vom ehemaligen Parteivorsitzenden und Vizekanzler Franz Müntefering am 6. Mai 2016 geehrt und für Ihr jahrelanges Engagement mit der Willy-Brandt-Medaille ausgezeichnet. Bereits kurz nach dem Krieg im Jahr 1946 sind beide in die SPD eingetreten. Müntefering betonte in seiner Festrede die wichtige Rolle der ersten SozialdemokratInnen, die bereits kurz nach der „Stunde Null“ mit dem Neuaufbau der Partei begannen.

Herbert Schwirtz ist noch vielen Einwohnern Wattenscheids für sein jahrzehntelanges politisches Engagement und als der letzte Oberbürgermeister der Stadt Wattenscheid vor der Eingemeindung bekannt. Seit Jahrzehnten ist Schwirtz außerdem Teil der Falken-Freizeitgruppe Mellnau. Irmgard Scheinhardt war eine der ersten Frauen im Bochumer Stadtrat. Die engagierte Politikerin war zudem am Aufbau eines Hilfsnetzes für chronisch, psychisch Kranke beteiligt und gründete den Verein „die Brücke e.V.“ mit.

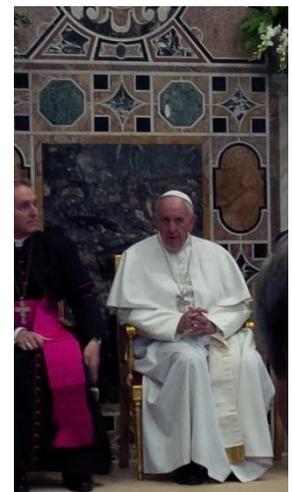
Beide wurden zudem durch eine eigens für beide entstandene Dokumentation geehrt. Der Filmemacher Bruno Neurath-Wilson hat beide über zwei Jahre begleitet und in Interviews ihre politischen Leben aufgearbeitet: „Der Film zeigt nicht nur zwei besondere Leben. Er ist auch ein Zeugnis sozialdemokratischer Geschichte in Wattenscheid und Bochum. Es ist toll, dass wir dieses Wissen auch für die Zukunft erhalten“, sagte der SPD-Stadtbezirksvorsitzende Serdar Yüksel abschließend.

„Was ist mit dir los Europa?“

„Was ist mit dir los Europa?“ ist eine gute Frage. Eine Frage, die Seine Heiligkeit Papst Franziskus in seiner Dankesrede am 6. Mai 2016 in Rom im Rahmen der Karlspreisverleihung aufgeworfen hat. Denn er selbst ist in diesem Jahr der Preisträger des Internationalen Karlspreises zu Aachen.

In seiner [Rede](#), die man unbedingt lesen sollte, appelliert Papst Franziskus daran, dass sich Europa den Herausforderungen der heutigen Zeit entschlossen annehmen, die Idee Europas aktualisiert werden muss und dies insbesondere auf drei entscheidende Säulen zu stützen ist: „Fähigkeit zur Integration, Fähigkeit zum Dialog und Fähigkeit, etwas hervorzubringen.“ Er selbst spricht in seiner Rede von seinem Traum für Europa, ein europäischer Humanismus, der auf „Gedächtnis, Mut und eine[r] gesunde[n] menschliche[n] Zukunftsvision“ fußt. Seine Auszeichnung widmet Papst Franziskus sogar Europa.

Jetzt fragt man sich bestimmt, warum berichten wir über dieses Ereignis. Hierfür gibt es mehrere Gründe: Zum einen ist es die Bedeutung des Karlspreises an sich, zudem die Entscheidung des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Karlspreises, den Papst mit dieser Auszeichnung zu würdigen und die Tatsache, dass Landtagspräsidentin Carina Gödecke als Vertreterin für das Land Nordrhein-Westfalen der Verleihung in Rom beiwohnen durfte.





Für Gödecke war die Möglichkeit dem Papst persönlich zu dieser Auszeichnung gratulieren zu können ein einmaliger und unbeschreiblicher Moment, der trotz der vielen Begegnungen, die sie als Landtagspräsidentin erleben darf, einer dieser Momente sein wird, den sie nie vergessen wird und der auch eine ganz besondere Ehre für sie gewesen ist.

Die Botschaft des Papstes sollte uns alle daran erinnern, dass wir nur gemeinsam - als ein Europa - miteinander zum Wohle der Gemeinschaft agieren können. Auch Gödecke war von den Worten

des Papstes sehr beeindruckt, aber auch und vor allem von seinem persönlichen Auftreten, das ihn so sehr herzlich, sehr „normal“, sehr authentisch und einfach menschlich wirken ließ.

Gödecke und Yüksel zu Gast in der jüdischen Kita Sternenhügel und bei Vonovia

Im Rahmen ihres schon traditionellen Bochum-Tages besuchten die SPD-Landtagsabgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel die erst jüngst eröffnete Kita Sternhügel der jüdischen Gemeinde Bochum und Vonovia, Deutschlands größtes Wohnungsunternehmen.

Der Tag startete für die beiden Bochumer Abgeordneten in der Kita Sternhügel. Neben dem Gebäude der Synagoge, dessen Fassade durch das Symbol des Davidsterns geprägt ist, sowie dem danebenliegenden Planetarium, hat die Kita seit kurzem ihre Tore für die Kleinsten geöffnet. In dieses Bild lässt sich die Sicherheitsschleuse, die als einziger Zugang zur Kita fungiert, kaum integrieren. Doch die Sicherheit hat oberste Priorität, bekräftigen Gödecke und Yüksel, die das Land in der Pflicht sehen, den



Schutz der jüdischen Gemeinden und ihrer Einrichtungen zu gewährleisten. Momentan werden in der Kita zwei Gruppen betreut, die kulturell bunt gemischt sind. Etwa ein Drittel der Kinder sind jüdischen Glaubens und zwei Drittel gehören den unterschiedlichsten anderen Religionen an. Wie es auch in anderen Kitas mit einer religiösen Prägung üblich ist, werden in dieser Einrichtung die jüdischen Feiertage gefeiert. Aus diesem Grund gibt es auch nur koscheres Essen und die Jungen tragen bei bestimmten



Anlässen die Kippa. Ebenso gibt es in einem der Essräume eine kleine Schabbat-Ecke mit einem gemalten Rabbi an der Wand. Die Kita erfährt aus der Bevölkerung großen Zuspruch und könnte, wenn es die Räumlichkeiten hergeben würden, noch mehr Kinder aufnehmen.

Wer sich selbst einmal von dieser Kita mit ihrem besonderen Konzept einen Eindruck verschaffen möchte, kann die Chance nutzen und am 19. Juni 2016 beim Sommerfest der jüdischen Gemeinde ab 13.00 Uhr vorbeischaun.

Neben dem Besuch in der Kita stand der Besuch bei Vonovia auf dem Programm. Vor einigen Jahren bereits hatten die Bochumer Abgeordneten im Rahmen ihres Bochum-Tages das Gespräch mit den Vertretern des Unternehmens gesucht um sich auszutauschen. Damals war Vonovia noch die Deutsche Annington und Thomas Eiskirch war der dritte Bochumer SPD-Abgeordnete im Bunde. Im jetzigen Gespräch mit Rolf Buch, Vorstandsvorsitzender, und Sebastian Lange, Abteilungsleiter Public Affairs, drehten sich

die Fragen rund um den Neubau der Hauptverwaltung in Bochum und die Kundenbetreuung. „Dass so ein großes Unternehmen seine neue Hauptverwaltung in Bochum errichtet, zeigt uns, dass der Wirtschaftsstandort Bochum nach wie vor gefragt ist, auch wenn wir in der jüngsten Vergangenheit einige große Unternehmen verloren haben“, erklärten Gödecke und Yüksel.

Insgesamt war es für die Abgeordneten ein ereignisreicher Tag, der durch ganz unterschiedliche Eindrücke und Gespräche geprägt worden ist.

Weitere Informationen

Carina Gödecke



Serdar Yüksel



V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel Mdl, Carina Gödecke Mdl
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 0